

## Inhalt.

Über Steuerverweigerung.  
Deutschland. Frankfurt (Vorgethan und nachbedacht). Berlin (Halbamtlicher Artikel über den Beschluss der Nationalversammlung vom 14.). Breslau (Die Lage der Dinge). Aus der Provinz Sachsen (Anarchischer Zustand). Halle (Verunglimmter Putsch der Republikaner). Dresden (Todtentfer für Rob. Blum). Karlsruhe (Aus der 2. Kammer). Aus Rheinhessen (Die Blasphemy). Vom Main (Todtentfer für Robert Blum). Italien. Cremona (Kundmachung). Mailand (Familiencontributionen zur Kriegsteuer). Frankreich. Paris (Ludwig Bonaparte's Gastmahl Handelsvertrag). Dänemark. Kopenhagen (Ministerkrise).

## Über Steuerverweigerung.

Der in Berlin verbreitete Theil der preußischen Nationalversammlung ist bis zur Steuerverweigerung geschritten. Dieser Schritt ist der äußerste, den eine Versammlung von Volksvertretern thun kann. Er ist der Anwendung der militärischen Gewalt gleichzuzählen, ja sogar noch über diese zu stellen, weil er die Desorganisation des Staates zur unmittelbaren Folze haben muß. Die Steuerverweigerung enthält nichts als einen Act der Selbsthilfe. Sie involviert die Erklärung, daß keine Behörde mehr vorhanden ist, die Recht zu gewähren vermag. Nach der alten Bundesgesetzgebung wäre er der Auslehnung gegen die bestehende Regierung gleich zu achten gewesen, und es hätten davor gegen denselben nicht nur alle der Landesregierung zu Gebote stehenden Mittel, sondern auch dieseljenigen der Gesamtheit zur Anwendung gebracht werden müssen. Der Centralgewalt und der Reichsversammlung gegenüber kann die Steuerverweigerung der Berliner Nationalversammlung in keinem günstigeren Lichte erscheinen. Sie ist nicht mehr und nicht minder, als ein Losseggen von der neu zu begründenden Ordnung in Deutschland, sie enthält die Erklärung, daß keine Behörde in Deutschland vorhanden sei, die Recht zu gewähren vermöge. Es ist dadurch der Stab über die Reichsversammlung und die Centralgewalt gebrochen. Die Regierungen haben bis jetzt ihre Unterwerfung unter die Centralgewalt doch noch von Bedingungen und Voraussetzungen abhängig gemacht. Es blieb der Berliner Nationalversammlung vorbehalten, ihr offen den Fehdehandschuh vor die Füße zu werfen. Hätte die Berliner Nationalversammlung das Gefühl dessen gehabt, was sie der Gesamtvertretung Deutschlands schuldig ist, so würde sie sich an diese gewendet und hier Abhülfe gesucht haben. Hätte doch die alte Bundesgesetzgebung beondere Bestimmungen zur Entscheidung solcher Streitigkeiten zwischen Regierungen und Stände, und es ist wahrlich kein Grund zu der Vermuthung vorhanden, daß die Centralgewalt und die Reichsversammlung ihr Amt nicht mit voller Unparteilichkeit gehabt haben würden. Allein es ist keinem Mitgliede der Berliner Nationalversammlung auch nur der Gedanke gekommen, daß es in Deutschland eine oberste Behörde gibt. Der Beschluss vom 14. d. hat übrigens die Sache bereits entschieden. Es ist darin ausgesprochen, daß die Berliner Nationalversammlung der Verlegung ihrer Signungen nach Brandenburg Folge zu leisten habe. Die darin der preußischen Regierung gemachte Auflage ist materiell identisch mit dem Rathschlag, welchen der wohlmeinendste Freund erthilt haben würde: es hätte derselben aber kaum bedurft, weil ihre Befolgung durch die Umstände geboten und das einzige Mittel ist, die Regierung einer schiefen Stellung zu entrücken. Die preußische Regierung wird ebensowenig gegen den Strom schwimmen wollen, als die Reichsversammlung es zu thun genötigt sein könnte. Die letztere hat durch ihren Beschluss vom 20. bestätigt, daß es noch einen Halt für die Interessen der öffentlichen Ordnung im Vaterlande gibt. Wir zweifeln nicht, daß das preußische Volk einsehen wird, daß von der Berliner Nationalversammlung zu weit gegangen ist, und daß dieselbe nicht in der Lage war, ihrer Regierung den Krieg zu erklären und sich gleichzeitig von den Centralbehörden Deutschlands loszusagen. Die preußische Nationalversammlung ist berufen worden, die Bevölkerung Preußens festzustellen, wahrlich aber nicht um den Bürgerkrieg in Preußen zu entzünden und eine Spaltung Deutschlands hervorzurufen.

## Deutschland.

Frankfurt, 22. Nov. Vom Standpunkt des Völkerrechts, der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit ist die Tötung Blums vielfach mehr oder weniger richtig beurtheilt worden, vom politischen Standpunkt aus fehlt uns aber noch das Urtheil eines competenten Richters; dieses möchten wir veranlassen. Man darf fühn behaupten, daß, wenn die Wiener obersten Behörden es absichtlich darauf angelegt hätten, Blum, dem radicalen Borsechter (von höchstens mittelmäßiger Begabung\*), was Intelligenz, Redvertalent und höhere Bildung betrifft, den höchsten Standpunkt anzusezieren, den Sterblichen erkennen können, so konnten sie unmöglich ein zweckmäßiges Mittel ausfindig machen, als ihn zu erschießen. Der lebende Blum war wenig gefährlich; der gewaltjam Geftötete ist es unendlich geworden; sein Geist ist als Legion plötzlich in Tausende gesfahren, und kann bitte Früchte tragen. Seine Partei hat dadurch die Blutause erlangt, die aus den Wunden des Märtyrs auf sie trüft, darum, verdient oder nicht, im Strahlenglanz der Unsterblichkeit der Mit- und Nachwelt erscheint. Talleyrands Wort wird hier zur Wahr-

\* Es bedarf kaum der Bemerkung, daß wir diese individuelle Ansicht keineswegs theilen. Red. d. D.-p.-A.-Ztg.

(Beilage zu Nro. 312.)

22. November 1848.

heit: „c'était plus qu'un crime, c'était une saute!“ Man wende nicht die geringfügige Bedeutung des Individuums ein, der Zwerg ist plötzlich zum Riesen geworden durch die Ungeheuerlichkeit seiner Freunde. Wird man denn immer sagen müssen: Rien appris et rien oublié?

Wien, 17. Nov. Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten bringt zur öffentlichen Kenntniß, daß auf der lombardisch-venetianischen Ferdinandsbahn der regelmäßige Betrieb in der Strecke zwischen Vicenza und Padua am 9. November 1. J. wieder begonnen hat, und auch in der Strecke zwischen Padua und Mestre die Wiedereröffnung des Betriebes in der nächsten Zeit möglich sein wird.

Nachstehender Armeecorrespondenbefehl vom 16. November d. J. ist den f. f. Truppen bekannt gemacht worden: „Es ist Sr. Durchlaucht dem Herrn Feldmarschall von verschiedenen Seiten zur Kenntniß gelangt, daß in mehreren Provinzen durch Emissäre und Plakate Versuche gemacht werden, um die f. f. Truppen zum Treubruche zu verleiten. Hochdieselben erachten bei dem in der f. f. Armee sich stets und auch in der neuesten Zeit mit wenigen Ausnahmen bewährten vortrefflichen Geist der Truppen, jede Erinnerung an dieselben in dieser Beziehung für überflüssig, finden jedoch hiemit zur alsgleichen und öfters zu wiederholenden Publication bei sämtlichen Truppenkörpern anzuordnen, daß jener Mannschaft vom Feldwebel und Wachtmeister abwärts, 25 fl. C. M. ausgezahlt werden, welcher einen Emissär oder Aufwiegler zu Stande bringt und ausliest, der sei es nun durch Worte oder durch Vertheilung von Plakaten und Flugschriften den Soldaten aufzuwiegeln und zum Treubruche zu verleiten sucht.

Berlin, 19. Nov. Der „Pr. Staatsanz.“ enthält folgenden halboffiziellen Artikel: Die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt hat durch ihren Beschluß vom 14. d. M. das Recht der preußischen Krone anerkannt, die Verlegung der vereinbarten Versammlung nach Brandenburg unter den obwaltenden Umständen zu beschließen und nach Ermessens der selben andauern zu lassen. Sie hat diesen Ausspruch mit einer kategorischen Bedeutung auf das gegenwärtige Staatsministerium verbunden, das alsbald durch ein anderes erfüllt werden solle, „welches das Vertrauen des Landes besitzt und die Besorgnisse vor reactionären Bestrebungen und Beeinträchtigungen der Volksfreiheit zu beseitigen geeignet ist.“ Wir glauben aber hier, daß auch die Mitglieder des Staatsministeriums das vielgebrauchte Nelsonsche Wort auf sich anwenden und sich zurufen lassen können: „Das Vaterland erwartet, daß Jeder von euch seine Schuldigkeit thue!“ Diese Schuldigkeit besteht aber in der bewußten und unerschütterlichen Durchführung einer Aufgabe, bei der es sich um Existenz und Ehre eines ganzen Staats und um Aufrechterhaltung seiner alien historischen Größe und Würde handelt, und in deren Vollbringung Wohlgefallen oder Schmähung in einzelner politischer Fractionen nicht maßgebend werden dürfen. Wer sich eine Aufgabe vorgesetzt hat, über deren politische und füllige Notwendigkeit er nach Recht und Gewissen mit sich einig geworden, der wird nur dann von derselben zurücktreten, wenn sich gegen die Ausführbarkeit dieser Aufgabe die unabwendbare Gewalt der Umstände oder eine legale Ueberführung seines Irrthums erklärt hat. Am allerwenigsten aber wird er sofort der Polemik gewisser Tagesstichwörter und Parteiphrasen weichen, die in unseren Tagen ihren kleinen Krieg am meisten gerade gegen denselben richten, der ein freies Experimentieren mit den heiligsten Gütern des Staats und der Nation nicht will, und, die Eitelkeit eines in seinem Entstehen schon hinfälligen Tagesrühmes verschwährend, nur auf organischem und gesetzlichem Wege den von den Parteien zerwiderlichen Staat wiederzubauen will. Unter diesen zur Inquisition gewordenen Tagesstichwörtern sind die Ausdrücke Vertrauen und Volksfreiheit am meisten gebräucht worden, um Alles das, was nicht dem ersten Anschein nach in diese so weitbauschige Kategorien passt, zu verurtheilen und ihm die Fähigkeit zur Mitwirkung an der Neugestaltung unseres Staatslebens abzusprechen. Diese Ausdrücke sind von unendlichem Werth, wo sie einen wirklichen bestimmten Inhalt bezeichnen, und so wird für die Beurtheilung eines Staatsministeriums wie für seine Wirksamkeit allerdings nichts maßgebender sein können, als das Vertrauen des Landes. Es wird sich dann nur noch darum handeln, welches in einem so aufgeregten und durch Parteileidenschaft getrübten Moment der legale Meinungsausdruck sein wird, durch welchen sich das Vertrauen des Landes und die danach zu ermessende Volksfreiheit zu erkennen gibt! Selbst in unsern parlamentarischen Kämpfen hat sich hier oft nur ein höchst zweifelhaftes Resultat ersehen lassen, und diejenigen Abstimmungen in der preußischen Nationalversammlung, durch welche dieselbe einen Widerspruch gegen die Grundsätze des Cabinets zum Beschluss erhob, wurde gerade in sehr wichtigen Fällen nur mit einer einzigen Stimme Majorität entschieden. Die Zufälligkeiten und Geheimnisse dieser parlamentarischen Majorität in der preußischen Nationalversammlung wollen wir hier nicht weiter erörtern, sondern können sie vielmehr als bekannt voraussehen. Wenn aber selbst in jener immerhin legalen Form die Umstände preisbar sein können, unter denen sich das Vertrauen des Landes für oder gegen eine Verwaltung ausspricht, so können wir uns auf der anderen Seite auch einen Moment denken, in welchem patriotische Staatsmänner das irgendwie erregte Misstrauen gegen ihre Personen so lange nicht achten, bis es ihnen gelungen sein wird, dasselbe in ein Vertrauen gegen ihre Handlungen durch die erschlichenen

Golzen der selben umzuwandeln. Entsteht diese Selbstverleugnung aus einer nur die Interessen des Ganzen festhaltenden Idee, so wird sie jederzeit auf die gerechte Anerkennung sich stützen können, daß sie das, was ihr zu vollführen vergnünt wird, aus innigster Überzeugung und aus einem klar erkannten, zu jeder Aufopferung bereiten Prinzip unternommen.

Breslau, 17. Nov. (Epz. 3.) Gestern und vorgestern wollte hier Jedermann wissen, es werde spätestens heute hier die Republik proclamirt werden. Das ist nun freilich in dem Sinne, wie es erwartet wurde, nicht geschehen, nichtsdestoweniger ist hier eine Art Republik fix und fertig und tatsächlich proclamirt. Wir haben einen Oberpräsidenten, dem Niemand gehorcht und der seinerseits erklärt hat, daß er ein treitenden Falles seinen Vorgesetzten nicht gehorchen werde; wir haben einen Sicherheitsausschuß, der die städtischen Behörden bevoormundet, Waffen, die Privatleute angehören, in Besitz nimmt, Munition austheilt und jeden waffenfähigen Einwohner verpflichtet, auf den ersten Ruf zu erscheinen und mit der Büchse in der Hand Widerstand zu leisten. Die Aufregung verdoppelte sich natürlich, als die Nachricht sich verbreitete, daß die Nationalversammlung die Steuerverweigerung decretirt habe. Gewaltige Volksmassen strömten nach dem Locale, wo Magistrat und Stadtverordnete sich versammelten, was nun zu thun sei. Dr. Asch, der jetzt zu den Führern Breslaus gehört, ermahnte die Menge, ruhig zu barren, bis die Behörden einen volksfürmlichen Entschluß gefaßt hätten, und verkündete sodann, daß man beschlossen habe, die beim Magistrat eingehenden Steuern zurückzuhalten und von dem Oberpräsidenten dasselbe zu verlangen. Dieser war nun in der äußersten Verlegenheit, er suchte Ausflüchte und meinte endlich, er könne seinen Entschluß erst aussprechen, wenn die Nachricht, daß die Nationalversammlung die Steuerverweigerung beschlossen habe, offiziell eingegangen sei. Auch in Natiovor ist eine permanente Commission gebildet worden, welche Schußwaffen revidieren, Munition vertheilen und Manufakturen anwerben läßt. In allen schlesischen Städten sprechen Bürgerversammlungen wie Behörden sich für die Nationalversammlung aus und Jedermann jubelt über die plötzliche „Einigkeit der Parteien“. Nur der constitutionell-monarchische Verein zu Oppeln erklärt die Vertagung der Nationalversammlung durch die Krone für gesetzlich zulässig und durch die Umstände gerechtfertigt. Der patriotische Verein zu Liegnitz hat schon früher eine ähnliche Erklärung abgegeben. In diesem Augenblick erhebt sich in der Nähe des Regierungsbündes ungeheuerer Lärm. Die Demokraten wollen den Oberpräsidenten zwingen, den Beschluss der Nationalversammlung wegen der Steuerverweigerung anzuerkennen oder abzudanken.

\*\*\* Provinz Sachsen, 18. Nov. Gerüchte von Aufständen und Plünderungen durchliegen unsere Provinz. In Merseburg und Weißensels herrscht große Aufregung. In der Gegend von Vibra soll Stockmann mit einer Bande, die vom Gerücht ungeheuer vergrößert wird, umherziehen und brandstachen. Im ganzen südwestlichen Theil unserer Provinz gährt es unter den Bauern. In Halberstadt hat sich ein Sicherheitsausschuß gebildet und zwei Landwehrroßiere erließen einen Aufschluß an die Landwehr, daß sie der Nationalversammlung beistehen sollen. Doch scheint sich die erste Hize überall bedeutend abgekühlzt zu haben.

\*\*\* Halle, 19. Nov. Heute ist auch bei uns das erste Bürgerblut geflossen, da Bürgerwehr gegen Bürgerwehr gekämpft hat. Die biesigen Republikaner suchten natürlich das Berliner Zerwürfnis auszubeuten und hetzen in großen Volksversammlungen das Volk, d. h. die blinde Masse, zum Aufstand. Heute sollte der Hauptschlag geschehen, da die Einfeidung der Landwehr gehindert werden sollte. Auführerische Reden gegen die hochverrätherischen Behörden wurden von Laternenfählen und Brunnen herab gehalten, der Markt wogte von einer brüllenden Menge, die den Magistrat für abgesetzt erklärt und sich sogar thäthlich am Obersten der Bürgerwehr vergriff. Diese machte nun einen Bayonetangriff, und zwar in der Richtung auf das (republikanische) Lanziercorps der Bürgerwehr. Diese hielt sich für angegriffen, es kam zum Handgemenge, viele Verwundungen, auch durch Beiliebe, fielen vor, es wurde sogar mit Pistolen von den Lanziers gefeuert, worauf sie entwaffnet, ihr Hauptmann und die Führer der demokratischen Partei verhaftet wurden. Andere flüchteten nach Merseburg, wo gegen Abend Unruhen ausbrachen sind, so daß die Husaren, welche Nachmittags von dort hierher kamen, schnell zurückgekehrt sind. Bei uns ist Alles ruhig. Wir dürfen um so mehr auf Fortdauer der Ruhe hoffen, da die übergroße Masse der Bevölkerung das Treiben der Demokraten verabscheut und nur durch den Terrorismus einer sündlich erzeugten Deffenlichkeit eingeschüchtert war. — In Betreff der Berliner Streitfrage hat die Entscheidung des Frankfurter Parlaments, sowie die im „Bürgerblatt“ veröffentlichten Aufsätze unsrer Deputirten Düncker und Haym sehr heilsam gewirkt. Der constitutionelle Club, welcher hier durch seine Opposition gegen das Ministerium Brandenburg den Ton angab, hat sich sofort in einer Adresse an die Berliner Nationalversammlung dahn ausgesprochen, daß sie und das Ministerium sich den Frankfurter Beschlüssen unterordnen möchten, und daß der gesetzlose Zustand, welchen das Ministerium durch den unbegründeten Belagerungsztand Berlins, durch die Einführung von Ausnahmegerichten, ohne die gesetzlich vorgeschriebene sofortige Einberufung des Landtags, herbeigeführt habe, beseitigt werde. Endlich sprach sich der Club und Bürgerverein in Übereinstimmung mit dem Magistrat gegen die Steuerverweigerung aus. G Halle, 19. Nov. Nach einer achtzägigen kaum mehr

erträglichen Spannung und Aufregung, ist es endlich heute bei uns, und insofern Halle maßgebend für die ganze Provinz ist, auch für diese zur Entscheidung gekommen. Die Demokraten hatten für den heutigen Tag alles vorbereitet, was ihnen öfters schien, die Provinz in Aufruhr zu versetzen. Zu-erst hatten sie die Soldaten des stehenden Heeres und der Landwehr zu verführen gesucht. Sie hatten Einzelne, sogar Offiziere gewonnen, die öffentlich zur Verweigerung des Gehorsams aufforderten, jetzt aber vor dem Kriegsgericht stehen. In der zu Halle erscheinenden demokratischen Zeitung, einem Blatte niedrigsten Schlags, wurde ungescheut und in den frechsten Ausfällen gegen Behörden und Personen die Verweigerung der Steuern gepredigt. In den Volksversammlungen wurde zum bewaffneten Zug nach Berlin aufgefordert und festgestellt, daß jeder Theilnehmer an dem Zuge  $1\frac{1}{2}$  Thlr. tägliche Lohnung erhalten sollte. Zur Deckung des Aufwandes sollte jeder wohlhabende Bauer gezwungen werden, in die demokratische Kasse 100—200 Thlr. zu zahlen; jeder Rittergutsbesitzer war zu 500 Thlr. Contribution angezeigt. In der am 18. d. M. hier gehaltenen demokratischen Volksversammlung wurde die Absezung des gesammten königlichen Hauses und des hiesigen Magistrats ohne Weiteres decreirt. Heute sollte der Hauptschlag ausgeführt werden. Die einberufene Landwehr wurde eingekleidet. Die Demokraten hofften, daß die von ihnen aufgewühlte Landwehr den Dienst versage. Um ihrer Sache ganz sicher zu sein, hatten sie für dieselbe Stunde und an demselben Orte, wo die Einkleidung erfolgen sollte, eine Volksversammlung angesetzt und ihr bewaffnetes Corps, einen Haufen aus der niedrigsten Pöbelklasse, zum Sauze derselben aufgestellt. Dagegen war die gesammte Bürgerwehr und die hiesige Garnison, zum Theil mit scharf gladeren Gewehren, ausgeboten; die Oberbehörden der Provinz und namhafte Verstärkungen an Infanterie und Cavallerie waren hier eingetroffen. Die Volksversammlung wurde mit gefälltem Gewehr auseinandergetrieben und die plötzlich unsichtbar gewordenen Führer der Demokraten in Haft genommen. Ein Weinschenker Rawald und ein Schullehrer Weißgerber wurden im Keller in Weinfässern gefunden, wohin sie sich in Sicherheit gebracht zu haben glaubten. Nur eitige Schüsse von Seiten der Demokraten sind gefallen, Verwundungen durch Prügel, Kolben und Stichwaffen sind mehrfach vorgekommen. Zur großen Beruhigung und Freude der Bürgerschaft sollen alle Führer der Wühler und alle Freyler gegen die Gesetze eingezogen und der Schlangen der Anarchie der Kopf zertreten werden. Das Militär hat sich musterhaft benommen, die Landwehr sich willig einkleiden lassen. Die Stadt war bis gegen 10 Uhr Abends ruhig, gegen Mitternacht fielen in mehreren Stadttheilen Schüsse, doch ohne allen Erfolg. Die Thore und Haupttore werden von der Bürgerwehr und dem Militär bewacht. Morgen sollen weitere Verhaftungen und Entwaffnungen der Demokraten folgen.

00 Dresden, 20 Nov. Gestern Nachmittag 3 Uhr er-  
töte von den Thürmen der Kreuz- und Frauenkirche feier-  
liches Glockengeläute. Ein großer Zug bewegte sich mit be-  
florten Fahnen, geleitet von Trauermarschällen, unter Vor-  
antritt eines Musikkorps, welches einen Trauermarsch  
anslimmte, vom Gewandhause über die Promenade, durch die  
Kreuzgasse, über den Altmarkt, durch die Schloß- und Ros-  
maringasse, über den Neumarkt bis an die Frauenkirche. Diese  
war von einer unüberschbaren Menschenmenge umringt. Im  
Zuge sah man die Mitglieder aller polnischen Vereine, Mit-  
glieder von der Communalgarde, von verschiedenen eingela-  
denen Corporationen und Behörden. Eine volle Stunde  
mährte es, ehe der großartige Zug in die Kirche gefommen;  
eine volle Stunde erbäte das Trauergeläut; man feierte das  
Gedächtniß Robert Blum's. Obgleich die Frauenkirche  
zehntausend Menschen fasst, so mussten doch mehrere Tausend  
wegen Mangel am Platz außerhalb die er Kirche bleibten.  
Abwechselnd mit Chorgesängen wurden zu Ehren des Tod-  
ten Neden gehalten. Wie ich höre, hatte die deutschkatho-  
lische Gemeinde schon vorher nach ihrem Vormittagsgottes-  
dienste — der an diesem Tage besonders der gesetzlichen  
Anerkennung der deutschkatholischen Kirche in Sachsen gegol-  
ten haben soll — zum Gedächtniß des getöteten Glaubens-  
genossen eine Todtenseier begangen. Dieselbe soll von aller  
äußerer Ostentation fern, aber eben darum, nach dem Urtheile  
vieler, sehr würdig und passend gewesen sein.

\* Karlsruhe, 17. Nov. Die badische zweite Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung nach längerer Discussion den Antrag des Abg. Kapp, „die Kammer solle ihre tiefgefühlte Entrüstung über die unter dem Schein Rechtens geschehene Ermordung, oder wie dieser Antrag später modifizirt ward, Tötung Robert Blums und den darin liegenden Act der Verlegung des Reichsgesetzes über die Unverletzlichkeit der Volksvertreter ausdrücken,“ mit überwiegender Stimmenzahl zum Beschluss erhoben.

¶ Aus Rheinhessen, 20. Nov. Vor einigen Tagen wurde in dieser Zeitung berichtet, daß die von dem Präsidenten der Nationalversammlung, Herrn v. Gagern, gegen den Redacteur der in Worms erscheinenden „Neuen Zeit“, Dr. v. Löhr, erhobene Klage wegen beispieloser Verleumdungen am letzten Freitag vor dem Gericht in Alzey zur Verhandlung kommen würde. Da jedoch der als Zeuge geladene Herr v. Gagern zu erscheinen verhindert war, so wurde die Verhandlung auf 14 Tage, bis zum 1. Dec., verlängert. Um indeß dem Publicum zu beweisen, daß es das wirklich seltene, aber gewiß nicht beneidenswerthe Talent des Dr. v. Löhr noch nicht in seinem vollen Lichte gesehen habe, ließerte er in der gestrigen Nummer seines Blattes das non plus ultra von Allem, was je Gehässiges gegen Gagern durch die Presse zu Tage gefördert wurde. Hinter diesem Ergusse einer frankhaft überreizten Phantasie muß Bambergers jüngste Rede bei Blums Tottenfeier im demokratischen Verein zu Mainz weit zurückstehen. Nachdem nämlich Dr. v. Löhr in der vorgestrigen Sitzung des demokratischen Vereins zu Worms öffentlich erklärt hatte, daß Robert Blum nicht durch Windischgrätz, sondern durch einen von Frankfurth nach Wien geschickten Brief gemordet worden sei, und daß diesen Brief ein Mann geschrieben habe, dñr er nicht zu nennen brauche, weil ihn das versammelte Volk recht wohl kenne: brachte er gestern in seiner Zeitung einen Artikel betitelt: „Die Blutschuld“,

worin er Gagern im Selbstgespräch aufführt, wie er von den Furien seines schuldbewussten Gewissens als Mörder Robert Blum's gegeheit wird. Ich lasse den Artikel selbst folgen mit Anerkennungen zu einzelnen Stellen, die nur durch frühere Artikel desselben Blattes verständlich sind.

„Ich kann ihn nicht vergessen den Mann, den ich so sehr  
hätte, auf dessen Todebotchast ich acht Tage und Nächte  
mit sieb. rhafter Angst wartete, und nun möchte ich ihn wie-  
der lebend. Der Tode ist mir furchterlicher als der Lebende,  
der Tode mit dem finstern Gesichte der Todeverachtung,  
mit den drei Augeln in Brust und Kopf. Nachts an meinem  
Bette steht das bleiche Weib im schwarzen Gewande mit  
seinen vier kleinen Kinderchen, und sieht mich an. Dieses  
Weib ist mir furchterlicher, als das Wuthgeschul eines gan-  
zen Volkes, als das Angstgeheul der hunderttausend Erichla-  
geren, als die Lohne der Städte, die ich niederbrennen ließ,  
dieses Weib, mit seinem kummervollen, bleichen Gesichte, dem  
ich sein Alles geraubt. Dieses Weib erinnert mich, daß auch  
ich Gatte und Vater bin. Ich wage kaum mehr an Weib und  
Kinder zu denk.n, die gräßliche Blutschuld drückt j die andere  
Empfindung in mir nieder. Und doch war ich nicht immer  
schlecht. Es gab eine Zeit, wo auch ich glühte für die Frei-  
heit des Volkes, wo ich es redlich meine, wo ich heiter  
und arglos sein konnte im Kreise meiner Freunde. Ich war  
arm, Schulden drückten mich nieder, aber ich war glück-  
lich. Ich war arm, aber glücklich in der Achtung Aller.  
Ich war ein Mensch, de Versuchung nahte, und ich erlag.  
Warum verpflanzet ihr mich auf den trügerischen Boden der  
Höfe, meine Freunde? Ihr habt mich dem Versucher über-  
liefern, ihr seid schuld, daß ich fiel. Ich hatte die Wahl, ein  
freies Volk zu leiten, oder Leibesigner der Jesuiten, Leibesigner  
eines Menschen \*) zu werden, der das Organ der Jesuiten  
ist. Auf der einen Seite Kampf und Dornen, auf der an-  
dern Ehre und Ansehen. Ihr hieltet mich für so groß und  
doch lebt in mir das Bewußtsein geistiger Schwäche, ich fühlte,  
daß ich einem großen Ziele nicht gewachsen war. Ich wollte  
herrschen, und fühlte, daß mein Geist nicht ausreicht für ein  
großes Ziel, und war doch zu stolz, um dem Mann, \*\*\*)  
den ich vertrieben, den Vorrang zu lassen! Das war  
mein erster Schritt. Man rief mich nach Hofe, ich sollte  
entheiden — und entschied. Von da begannen meine  
Leiden. Ich fühlte die Verachtung meiner ehemaligen  
Freunde. Nur wenige konnte ich gewinnen, die anderen

hasten ich. Ich fühlte, wie ich dadurch sank vor mir selber. Ich wollte sie vernichten, ich begann den Kampf eines kleinen Parteihasses. Es gelang nicht. D wean ihr diese Stunden der Bitterkeit kennet, wo der Mensch zum Bewußtsein kommt, wie tief er gesunken ist, wenn ihr dieses innere Tozen der Leidenschaften fühlt, ihr würdet begreifen, wie der Wurm in der eigenen Brust den Menschen immer weiter vorwärts treibt auf dem verhängnißvollen Wege, ihr würdet begreifen, daß man da nicht stille stehe kann, daß das Verhängniß den Menschen forttriebt in immer wildere Bahnen, bis das Opfer am Abgrund angelangt ist, der es verschlingt. Ich frage die Schuld von der Verwüstung ganzer Städte und Länder, ich habe Tausende morden lassen, ich habe nicht rechts geheuen und nicht links, ich wollte den Blutvertrag erfüllen, den ich eingegangen. Ich wußte, daß man einem Volke die Freiheit nicht nimmt ohne Blut und Leichen. — Ihr könnt mich deshalb nicht anklagen; wir den ersten Schritt thut, darf vor dem letzten nicht zurückkehren. Ich habe ihn nicht gescheut, diesen letzten Schritt, ich habe keia Mittel gescheut, jeden Tag glaubte ich am Ziele zu stehen, und jeden Tag täuschte ich mich. Ich sehe jetzt wieder davon wie je, ich fange an einzuführen, daß ich Ehre und Ruf vergebens geopfert, daß ich untergehe. Und doch quält das Alles nicht so sehr, wie der eine Schatten. Zehn lange Tage kämpfte ich gegen jeden Schritt zur Reitung des Unglücklichen, zehn lange Tage hoffte ich täglich auf die verhängnißvolle Todeskunde des Menschen, den ich häste, ten ich mit allen Mitteln einer kleinen Seele verfolgte. Ich habe Dualen erduldet in diesen 10 Tagen, die sich nicht schildern lassen, und doch war ich glücklich im Vergleich zu jetzt. Gebt mir diese Dualen wieder, nur entfernt das stumme Weib von meinem Lager, mit seinen Kindern. Gebt mir sie wieder, die Leidenschaft der letzten Monate, mit allen ihren Dualen, mit ihren Greueln und Verbrechen, ich

\*) Darunter ist nach früheren Anspielungen dieses Blattes ein Prinz des großherzoglichen Hauses zu verstehen, mit welchem Herr von Gagern als Minister nach den Berichten der „Neuen Zeit“ häufig spazieren gefahren sei.

\*\*) Unter diesem Manne ist Hecker gemeint, den Gagern nach einem früheren Artikel der „Neuen Zeit“ vom Boden des Gesetzes verdrängt und in den Aufruhr getrieben habe, um sich diesen gefährlichen Nebenbuhler vom Halse zu schaffen.

will sie fragen, nur nicht dieses tote, kalte Gefühl der inneren Vernichtung, dieser stumme Vorwurf in dem kummervollen, bleichen Gesichte.“

Man kann es getrost dem Publikum anheimstellen, ob es diesen Artikel für eine Ausgeburt der Bosheit oder des Wahnsinns halten will. Wohl aber wird sich Mancher die Frage stellen: Woher diese höllische Bosheit? Der Schlüssel zur Antwort ist nicht schwer zu finden: Herr v. Gagern war früher in der hessischen Kammer Abgeordneter von Vorsch; bei seiner Ernennung zum Minister fand eine neue Wahl statt. Dr. v. Löhr wollte gewählt und deshalb von Herrn v. Gagern bei den Wählern empfohlen sein. Hr. v. Gagern empfahl Dr. v. Löhr nicht, sondern seinen Freund Schenck von Darmstadt.

\* Vom Main, 22. Nov. Auch heute wieder berichten Blätter und Briefe von vielen Tönen her von Feierlichkeiten zum Gedächtniß Robert Blums. In Stuttgart, Cannstadt, Tübingen, Karlsruhe, Neustadt a. d. H., Fulda ic. ist eine Todtentseier begangen worden.

## 3 t a l i e n.

In Cremona wurde laut einer in der Mailänder Zeitung erhaltenen Kundmachung des commandirenden Generals Fürst Eduard Lichtenstein am 4. November ein gewisser Anton Annelli standrechtlich verurtheilt und erschossen, weil er gelegentlich einer wegen des Verdachts schwerer Verwundung durch die Gendarmerie bei ihm vorgenommenen Hausdurchsuchung im Besitz einer Pistole und einer mit zwei Löchern versehenen Maske nach Art derselben, deren sich die Angreifer, um nicht erkannt zu werden, bedienen, geroffen wurde.

Aus Mailand berichtet die „Ed. d. Ztg.“: Wir haben jüngsthin eine Proclamation von Rad Sly mitgetheilt, welche die Auflegung einer Contribution auf die bei der italienischen Erhebung am stärksten Beteiligten in Aussicht stellte. Diese Auflage ist nun wirklich, wie ein uns gütig mitgetheilter Privatbrief vom 16. d. M. meldet, erfolgt. Die Größe der Contribution ist 6,240,000 Lire, welche von 15 Personen, unter denen wir Herzog Litta mit 800,000, Herzog Bieconi mit 800,000, Cellerio mit 400,000, eine Donna Theresia Cramer mit 40,000 herausheben, zu bezahlen sind.

## French.

\*\* Paris, 19. Nov. Ludwig Bonaparte gab gestern ein großes Gastmahl, zu welchem mehrere Abgeordnete und einige Mitglieder des diplomatischen Corps geladen waren. Das Fest hatte durchaus keinen offiziellen Charakter. — Es ist von einem neuen Handelsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und der französischen Republik die Rede.

## D ä n e m a r k.

Kopenhagen, 16. Nov., Morgens. Der Reichstag hat am Montag nicht die bestimmt erwartete Erklärung der Entscheidung über die Ministerkrise erhalten, das Ministerium besteht noch, allein dennoch ist kein Zweifel, daß wir uns in einer Ministerkrise befinden, deren Lösung noch nicht gelungen. In der Montagssitzung des Reichstages sprach sich der allein anwesende Justizminister über diese Fragen ausweichend aus.

— Es heißt, die Ministerkrise ziehe sich so in die Länge, weil die Zusammensetzung des neuen Ministeriums von Antwortbriefen aus entfernten Orten abhänge. General Hansen übrigens, der als Ministercandidat genannt wird, ist bereits gestern von Alsen angekommen. „Flyveposten“ bemerkt, daß Professor Clausen unter den Mitgliedern des neuen Ministeriums bestimmt genannt wird und damit alles Geschrei von einem unnationalen reactionären Ministerium falle.

— Dass die äußere Politik und das ferner eine Meinungsverschiedenheit über die auswärtige Politik zwischen dem Könige und den Ministern (wahrcheinlich nur einem Theile derselben) der Grund der Ministerkrise ist, liegt außer Zweifel. Die Artikel des „Fädelandet“ sind geeignet, die früher ausgesprochene Vermuthung zu bestätigen, dass der König geneigter ist, in der gestellten Alternative eine Personalunion zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark, der Theilung Schleswigs oder gar der Erneuerung des Kriegs für das Einstaprogramm vorzuziehen.

— Privatmittheilungen aus Kopenhagen vom 16. um  
1 Uhr Mittags zufolge lautet die Liste des neuen Ministe-  
riums folgendermaßen: Graf A. W. Moltke Präsideat und  
Auswärtiges, v. Sponeck Finanzen, Madvig Cultus, General  
Hansen Krieg, Bang Inneres, Clausen vorläufig ohne Porte-  
feuille, v. Zahrmann Marine, v. Bardenfleth Justiz. Die  
Liste wird noch nicht als offiziell, aber als sehr wahrschein-  
lich mitgetheilt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. H. Walten.

Währung der Staatspapiere. 22 Nov. 1849. (Schluss der Börse.)										Wechsel-Cours.			
		gold	silver	Gold		gold	silver	Papier	Gold		Den. 22. Nov.	silver	Gold
Oesterreich	Reichst. Obligat.	5	69 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	68 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	Wien	Öffentlichen & Rath.	—	71 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>	74 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	Amsterdam	12 K. S.	101	1'03 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>
"	dito	6	66	55 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	"	Reine Währung	—	93	92 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	(100 K. S. Ost. Währ.)	—	100	1'0 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>
"	dito	7	36 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	36 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	Nassau	Öffentl. & Rathaus.	—	79	79	Angmergen	12 K. S.	—	1'1 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>
"	Post-Aktion o. D.	10	110	79 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	Frankfurt	Öffentlichen	—	78	77	100 K. S. Ost. Währ.	—	—	—
"	R. 240 Kreuzer Rath.	79 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	79 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	"	dito v. 1829	—	1	10 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	103 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	Berlin	12 K. S.	—	—
"	R. 400, dito	118	117	"	dito v. 1816	—	7	65 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	100 K. S. Ost. Währ.	100 K. S.	99 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	—	—
"	Thüringen. Obligat.	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	66 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	65 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	"	Banknotenreden	263	261	Westf. 100 K. S.	—	—	—	—
"	dito	53	57	"	Integrale	—	6 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	6	105 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	Wandsbek	12 K. S.	88 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—
Preussen	Staatschuldenanleihe	7	75 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	74 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	Niederrhein	Europäische	—	71	71	Frankfurt	12 K. S.	88	—
"	Prämionscheine	—	—	91 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	"	Spanische	—	70	70	Duisburg	12 K. S.	—	105 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>
Bayern	Obligationen	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	74 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	74 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	Spanien	Asiatische (incl. 16 ip)	—	—	—	Leipzig	12 K. S.	—	—
Darmstadt	R. 50 Kreuzer	60	59 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	59 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	"	Italienisch-neu-ital.	—	117 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	115 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	Würzburg	12 K. S.	—	121 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>
"	R. 50, dito	21 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	20 <sup>5</sup> / <sub>8</sub>	20 <sup>5</sup> / <sub>8</sub>	"	Portugal	Consort. (est. à 2. 10)	—	—	London	12 K. S.	—	12 3 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>
"	Obligationen	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	74 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	74	"	Polen	1. 100 Kreuzer	—	93 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	Paris	12 K. S.	95	—
"	dito	8	85	84	"	Obligationen	1. 100	68 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>	67 <sup>7</sup> / <sub>8</sub>	(100 w.)	12 K. S.	—	—
Baden	Obligationen v. 1829	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	71 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>	70 <sup>7</sup> / <sub>8</sub>	"	Rath. 2. 25 Granc. C.	—	73 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	Kassel	12 K. S.	105 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	—	—
"	R. 50 Kreuzer v. 1829	43 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	44 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>	44 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>	"	dito v. 1819 (est. 60)	—	77 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	Fürst. Anhalt. Wern.	—	—	95	93 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>
"	R. 50 Kreuz.	24 <sup>5</sup> / <sub>8</sub>	25 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>	25 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>	"	Paris	12 K. S.	—	—	Wien	12 K. S. Ost. Währ.	—	107 <sup>9</sup> / <sub>4</sub>
G. e. s. z.													
Pistolen	9	56	Gold al. Münze	—	283	—	Karlsbadische Leinen	25 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	25	Wien	12 K. S. Ost. Währ.	—	—
Pr. Friedrichsdaler	9	57	Leibnitz, gams	—	43 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	—	Sardinische Leinen	23 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	25	100 K. S. Ost. Währ.	—	—	—
Hell. 10 R. Sächs.	10	4	Neumark. Banknot.	—	55	—	Östl.-Aachen	—	—	100 K. S. Ost. Währ.	—	—	—
Brand-Buonates	5	36	S. Frankenthaler	—	—	Östl.-Minden	75 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	75	100 K. S. Ost. Währ.	—	—	—	
20 Französische	9	38	Nosthantl. Silber	24	24	Ludwigs. Böckbach	64 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	64 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	100 K. S. Ost. Währ.	—	—	—	
Engl. Governans	12	2	Erroling u. mit. Fr.	24	18	Pr. Wilks. Nordbahn	39 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>	39 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	Paris	12 K. S.	—	—	